



Stadt Vohburg a. d. Donau

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, 24.07.2018
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:20Uhr
Ort: im Bürgersaal des Rathauses in Vohburg, Ulrich-
Steinberger-Platz 12 (3. OG)

Anwesenheitsliste

1. Bürgermeister

Schmid, Martin

Mitglieder des Stadtrates

Amann, Bianca
Demmel-Hegwer, Anna
Dietz, Xaver
Eisenhofer, Roswitha
Jung, Hedwig
Lederer, Hartmut
Ludsteck, Werner
Müller, Ernst
Pflügl, Konrad jun.
Rechenauer, Oliver
Schärringer, Peter Dr.
Schlagbauer, Andreas
Schlutter, Heide
Schrödl, Markus
Steinberger, Heinrich
Steinberger, Josef
Völler, Johannes

Schriftführer

Amann, Andreas

Ortssprecher

Rothbauer, Manfred
Wagner, Daniel

Verwaltung

Stangl, Josef
Steinberger, Josef

Weitere Anwesende

Zu TOP 1: Frau Schönauer, Juristin am Landratsamt Pfaffenhofen
Herr Schwadtke, Fa. Uniper

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Brunnhuber, Sabine	Urlaub
Pernreiter, Anton	Urlaub
Reith, Gabriele	beruflich verhindert

Verwaltung

Beck, Samira	Elternzeit
--------------	------------

Öffentliche Tagesordnung

1. Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der Firma Uniper Kraftwerke GmbH zur Umnutzung eines bestehenden Tanks zur Bevorratung von Gasöl für den Erdölbevorratungsverband, erneute Behandlung
Vorlage: BA/0342/2018
2. Kindergarten Menning
 - 2.1 Auftragsvergabe für Küchenmöbel
Vorlage: BA/0321/2018
 - 2.2 Auftragsvergabe für Möblierung der Gruppenräume
Vorlage: BA/0322/2018
 - 2.3 Auftragsvergabe für Tischlerarbeiten Einbaumöbel
Vorlage: BA/0319/2018
 - 2.4 Auftragsvergabe für Büromöbel
Vorlage: BA/0320/2018
3. Kläranlage Vohburg
 - 3.1 Auftragsvergabe für Dachdeckungs-, Fassaden- und Klempnerarbeiten
Vorlage: BA/0312/2018
 - 3.2 Auftragsvergabe für Stahlbauarbeiten
Vorlage: BA/0313/2018
 - 3.3 Auftragsvergabe für Malerarbeiten
Vorlage: BA/0314/2018
 - 3.4 Auftragsvergabe für Fliesen- und Plattenarbeiten
Vorlage: BA/0315/2018
 - 3.5 Auftragsvergabe für Estricharbeiten
Vorlage: BA/0316/2018
 - 3.6 Auftragsvergabe für Putzarbeiten
Vorlage: BA/0317/2018
 - 3.7 Metallbauarbeiten Fenster und Türen
Vorlage: BA/0318/2018
4. Auftragsvergabe zur Nachrüstung einer Brandfallsteuerung für den Aufzug in der Agnes-Bernauer-Halle
Vorlage: BA/0323/2018
5. Warmbadsaal Irsching; Auftragsvergabe für Parkettschleifen und Versiegelung
Vorlage: BA/0324/2018
6. Vorlage der Jahresrechnung für das Jahr 2017 mit Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verweisung zur örtlichen Rechnungsprüfung
Vorlage: FV/0099/2018
7. Entgegennahme von Spenden; Genehmigung für den Zeitraum vom 01.01. bis 30.06.2018
Vorlage: FV/0114/2018
8. Ernennung eines externen Datenschutzbeauftragten
Vorlage: GL/0105/2018
9. Bekanntgaben des Bürgermeisters
10. Wünsche und Anregungen der Stadtratsmitglieder

1. Bürgermeister Martin Schmid eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt die anwesenden Kolleginnen und Kollegen sowie die rd. 25 Zuhörer und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Den Stadträten war das Protokoll Nr. 59 über die Sitzung vom 03.07.2018 in Abdruck zugegangen. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben, so dass das Protokoll genehmigt ist.

Öffentliche Sitzung

1.	Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der Firma Uniper Kraftwerke GmbH zur Umnutzung eines bestehenden Tanks zur Bevorratung von Gasöl für den Erdölbevorratungsverband, erneute Behandlung	1198
-----------	--	-------------

Mit Beschluss vom 19.09.2017 (Nr. 960) wurde der Antrag abgelehnt und die Stellungnahme seitens der Verwaltung an das Landratsamt Pfaffenhofen am 28.09.2017 übermittelt. Aus Sicht der Stadt Vohburg fehlte die Erschließung über die östliche Achbrücke, da diese derzeit auf 16 t beschränkt ist und eine Durchfahrt durch den kompletten Ortsteil Irsching (westliche Achbrücke) kategorisch abgelehnt wurde.

Weiterhin wurden die beantragten Anfahrtszeiten Montag bis Samstag 06:00-22:00 Uhr kritisiert.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens wurde seitens des Landratsamtes Pfaffenhofen eine öffentliche Auslegung im Zeitraum vom 06.03.2018 – 05.04.2018 durchgeführt. Bei der Stadt gingen keine Einwendungen, im Landratsamt Pfaffenhofen insgesamt 11 Einwendungen von Anliegern.

Der Anhörungstermin fand am 07.06.2018, unter Leitung der Juristin des Landratsamtes Pfaffenhofen (Fr. Schönauer) im Bürgersaal der Stadt Vohburg mit den Fachbehörden, Gutachtern, Vertreter der Fa. Uniper und den Einwendern statt. Zu Beginn des Anhörungstermins übergab der Vertreter der Fa. Uniper, Hr. Schwadtke, einen geänderten Antrag an die Vertreter des Landratsamtes Pfaffenhofen (liegt dem Stadtrat vor). In diesem neuen Antrag werden abweichende Anfahrtszeiten, Montag bis Freitag von 07:00 Uhr – 18:00 Uhr, beantragt. Die Erschließung (Fahrbahnbreite, Untergrund etc) über die beantragte Fahrtroute ist, nach den Stellungnahmen der Fachbehörden für das geplante Projekt gesichert. Lediglich für die östliche Achbrücke lag das Gutachten noch nicht vor. Zum Ende des Anhörungstermins wurden die Einwendungen von Bürgerinnen und Bürger nicht zurückgezogen.

Im Nachgang zum Anhörungstermin ging das Brückengutachten für die östliche Achbrücke ein. Das Gutachten kann im Bauamt der Stadt Vohburg eingesehen werden.

Sollte an der Brücke keine Maßnahmen durchgeführt werden und der beantragte TKW-Verkehr aufgenommen werden müssen, dann hat die Brücke noch eine Lebensdauer von ca. 4 Jahren. Mit Sanierung der Fahrbahn im Brückenbereich und einer lediglich einseitigen Befahrung von TKW's kann die Lebensdauer auf ca. 10 Jahre verlängert werden. Ohne zusätzliche TKW-Belastung würde die Brücke noch Jahrzehnte halten.

Die Fa. Uniper erklärte sich bereit die Kosten für die Fahrbahnsanierung zu übernehmen und sich am Neubau der Brücke finanziell zu beteiligen.

Die Schätzkosten für die Brücke betragen derzeit 350.000,00 €. Die Firma Uniper wird sich beim geplanten Neubau im Jahr 2023 mit einem festen Zuschuss in Höhe von 275.000,00 € an der Brückensanierung beteiligen.

Sollte der Fahrtweg über die östliche Brücke nicht möglich sein, besteht, nach Auskunft des Landratsamtes Pfaffenhofen ein Rechtsanspruch auf Benutzung der westlichen Achbrücke.

Nach dem Sachvortrag des Bürgermeisters schloss sich eine ca. 40-minütige Diskussion an. Frau Schönauer und Herr Schwadtke standen für die gestellten Fragen zur Verfügung.

StR Ludsteck wollte wissen, ob die TKW automatisch durch den Ortsteil Irsching fahren, wenn in der heutigen Sitzung das gemeindliche Einvernehmen verweigert wird. Frau Schönauer antwortete hierauf, dass dies nicht der Fall sei, sondern das gemeindliche Einvernehmen ersetzt wird und der beantragte Fahrtweg benutzt werden kann.

Auf Nachfrage von StR Amann antwortete Herr Schwadtke, dass die Befüllung voraussichtlich Ende Januar 2019 startet und die Brücke, ca. 70 m² neu geteert wird. Eine weitere Straßenteerung ist nicht vorgesehen. Als Fazit zog StR Amann, als Ortsteilsvertreterin, dass eine Durchfahrt durch den ganzen Ortsteil unmöglich sei und sie somit hier zustimmen müsse.

StR Dietz sprach sich aus Gründen der Standortsicherung für die Zustimmung zu diesem Projekt aus, weil aus seiner Sicht die Stadt zum Standort Irsching halten müsse.

StR Müller sprach von einem Öltourismus und dass die Maßnahme überhaupt nicht mehr zeitgemäß sei, da tausende TKW auf den Straßen Öl umherfahren.

StR Rechenauer stellte fest, dass sich die Genehmigung nach den Aussagen der Juristin nicht aufhalten lasse und dass in den Verhandlungen gute Ergebnisse für die Stadt und Anlieger erzielt werden konnten, so dass seine Fraktion hier zustimmen könne.

StR Pflügl sah die Rechts- und Sachlage wie StR Rechenauer, da bei einer Ersetzung des Einvernehmens konsequenterweise seitens der Stadt Vohburg gegen den Freistaat Bayern geklagt werden müsse.

StR Dr. Schäringer fragte nach, ob es möglich sei, die jährliche Verkaufsmenge zu reduzieren. Herr Schwadtke antwortete hierauf, dass eine Reduzierung auf unter 4000 t jährlich wirtschaftlich für den Wälzpartner nicht darstellbar ist. Auf eine Frischhaltung (ca. 30 des Volumens) in 5 Jahren könne aber seiner Meinung nach verzichtet werden, weil seitens der Fa. Uniper sehr genau auf die Qualität des eingelagerten Gasöls geachtet wird.

Beschluss:

Die Stadt Vohburg erteilt gem. § 36 BauGB das gemeindlichen Einvernehmen zum geänderten Antrag der Fa. Uniper.

Bei Beginn der Belieferung ist eine Geschwindigkeit von 30 km/h seitens der Verwaltung im Bereich der Wohnsiedlung anzuordnen.

Abstimmungsergebnis: Ja 15 Nein 3

Abstimmungsvermerke:

Gegenstimme StR Ludsteck, StR Steinberger Josef, StR Müller

2. Kindergarten Menning

2.1 Auftragsvergabe für Küchenmöbel

1199

Für die Ausstattung des Kindergartens Menning ist der Einbau von Lern- und Kochküchen erforderlich.

Es wurde ein Beschränktes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Hierzu wurden 5 Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Beim Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 3 Angebote vor. Von den drei abgegebenen Angeboten war nur ein Angebot wertbar. Zwei Angebote wurden unausgefüllt abgegeben.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung ergibt sich für das wertbare Angebot der Firma Weiherer aus Mainburg eine Angebotssumme in Höhe von Euro 26.938,03.

In der Kostenberechnung sind für die Küchen Euro 21.123,00 enthalten.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 5.815,03 vor.

Die Überschreitung kann aus derzeitiger Sicht durch Einsparungen bei bereits vergebenen Gewerken gedeckt werden.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für den Einbau von Küchen an die Firma Weiherer aus Mainburg zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 26.938,03 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

2.2 Auftragsvergabe für Möblierung der Gruppenräume 1200

Für die Ausstattung des Kindergartens Menning ist die Möblierung der Gruppenräume erforderlich.

Es wurde ein Beschränktes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Hierzu wurden 4 Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Beim Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 3 Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung ergibt sich als Mindestbieter die Firma Aurednik, 63856 Bessenbach, mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 71.107,05.

Das Angebot des Zweitbieters liegt um %, ein weiteres Angebot um % darüber.

In der Kostenberechnung sind für die Möblierung der Gruppenräume Euro 52.000,00 enthalten.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 19.107,05 vor. Diese beruht im wesentlichen auf zusätzlichen Nutzerwünschen.

Die Überschreitung kann aus derzeitiger Sicht durch Einsparungen bei bereits vergebenen Gewerken gedeckt werden.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für die Möblierung der Gruppenräume an die mindestbietende Firma Aurednik, 66856 Bessenbach, zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 71.107,05 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

2.3 Auftragsvergabe für Tischlerarbeiten Einbaumöbel

1201

Für die Ausstattung des Kindergartens Menning sind Einbaumöbel für Garderoben, Abstellraum, Lager etc. erforderlich.

Es wurde ein Beschränktes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Hierzu wurden 5 Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Beim Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 3 Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung ergibt sich als Mindestbieter die Firma Käser aus Mainburg mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 17.328,07.

Das Angebot des Zweitbieters liegt um %, ein weiteres Angebot um % darüber.

In der Kostenberechnung sind für die Einbaumöbel Euro 8.534,00 enthalten.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 8.794,07 vor.

Die Überschreitung kann aus derzeitiger Sicht durch Einsparungen bei bereits vergebenen Gewerken gedeckt werden.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für die Einbaumöbel an die mindestbietende Firma Käser aus Mainburg zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 17.328,07 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

2.4 Auftragsvergabe für Büromöbel

1202

Für die Ausstattung des Kindergartens Menning sind Möbel für die Kindergartenleitung und das Personal erforderlich.

Es wurde ein Beschränktes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Hierzu wurden 5 Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

Beim Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 2 Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung ergibt sich als Mindestbieterin die Firma EVM aus Mainburg mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 14.785,75.

Das Angebot des Zweitbieters liegt um % darüber.

In der Kostenberechnung sind für die Büromöbel Euro 16.799,00 enthalten.

Es liegt eine Einsparung in Höhe von Euro 2.013,25 vor.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag an die mindestbietende Firma EVM aus Mainburg zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 14.785,75 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3. Kläranlage Vohburg

3.1 Auftragsvergabe für Dachdeckungs-, Fassaden- und Klempnerarbeiten 1203

Für das neu zu errichtende Kläranlagengebäude (Maschinenhaus mit Labor) sind Arbeiten für die Dacheindeckung und die Fassadenverkleidung erforderlich. Hierfür wurde in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 5 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter zwei Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung der Angebote ergibt sich die Firma Spindler aus Ingolstadt mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 68.448,32 als mindestbietende Firma.

Das Angebot des nächsten Bieters liegt um 46,9 % darüber.

In der Kostenberechnung sind Euro 60.000,00 für dieses Gewerk eingestellt. Die Überschreitung in Höhe von Euro 8.448,32 ist aus derzeitiger Sicht abgedeckt durch Einsparungen bei anderen Gewerken.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für die Dacheindeckung und die Fassadenverkleidung an die Firma Spindler aus Ingolstadt zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 68.448,32 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.2 Auftragsvergabe für Stahlbauarbeiten 1204

Für die Überdachung des Schlamm lagerplatzes und die Errichtung eines Gebäudes für die Phosphatelimination sind Stahlbauarbeiten erforderlich. Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 7 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 3 Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung der Angebote ergibt sich die Firma Brenner aus Rockolding mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 50.296,98 als mindestbietende Firma.

Das Angebot des nächsten Bieters liegt um 61,1 %, das weitere Angebot um 89,1 % darüber.

In der Kostenberechnung sind Euro 51.000,00 für dieses Gewerk eingestellt.

Es liegt eine Unterschreitung in Höhe von Euro 703,02 vor.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, die Stahlbauarbeiten an die Firma Brenner aus Rockolding zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 50.296,98 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.3 Auftragsvergabe für Malerarbeiten

1205

Für den Innenausbau des Maschinen und Laborgebäudes sind Malerarbeiten erforderlich. Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 3 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lag dem Verhandlungsleiter 1 Angebot vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung des Angebots ergibt sich die Firma Marketsmüller aus Münchsmünster mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 15.692,29 als mindestbietende Firma.

In der Kostenberechnung sind Euro 15.000,00 für dieses Gewerk eingestellt.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 692,29 vor.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für die Malerarbeiten an die Firma Marketsmüller aus Münchsmünster zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 15.692,29 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.4 Auftragsvergabe für Fliesen- und Plattenarbeiten

1206

Für den Innenausbau des Maschinen und Laborgebäudes sind Fliesenarbeiten erforderlich. Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 5 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lag dem Verhandlungsleiter 1 Angebot vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung des Angebots ergibt sich die Firma Bleicher aus Neustadt/Do. mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 52.575,79 als mindestbietende Firma.

In der Kostenberechnung sind Euro 45.000,00 für dieses Gewerk eingestellt.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 7.575,79 vor. Aus derzeitiger Sicht sind diese durch Einsparungen bei anderen Gewerken abgedeckt.

Die Kostenüberschreitung hängt mit der derzeitigen überhitzten Baukonjunktur zusammen. Bei einer Neuausschreibung ist kein besseres Ergebnis zu erwarten.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, die Fliesenarbeiten an die Firma Bleicher aus Neustadt zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 52.575,79 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.5 Auftragsvergabe für Estricharbeiten

1207

Für den Innenausbau des Maschinen und Laborgebäudes ist die Ausführung von Estricharbeiten erforderlich.

Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 4 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lag dem Verhandlungsleiter **kein** Angebot vor.

Die Ausschreibung ist gemäß VOB A § 17 (1) aufzuheben.

Nach Aufhebung kann ein Freihändiges Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.

Verspätet ging ein Angebot der Firma Halbritter aus Neustadt/Do. ein. Das Angebot wird im Freihändigen Verfahren gewertet. Es schließt nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 8.368,68.

In der Kostenberechnung sind Euro 16.000,00 für dieses Gewerk eingestellt.

Es liegt eine Einsparung in Höhe von Euro 7.631,32 vor.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor:

1. Das Beschränkte Ausschreibungsverfahren ist gemäß VOB A § 17 (1) aufzuheben.
2. Nach Aufhebung wird der Auftrag für die Estricharbeiten auf das Angebot der Firma Halbritter aus Neustadt/Do. zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 8.368,68 erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.6 Auftragsvergabe für Putzarbeiten

1208

Für den Innenausbau des Maschinen und Laborgebäudes ist die Ausführung von Putzarbeiten erforderlich.

Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 6 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lag dem Verhandlungsleiter **kein** Angebot vor.

Die Ausschreibung ist gemäß VOB A § 17 (1) aufzuheben.

Nach Aufhebung kann ein Freihändiges Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.

Da die nächste Stadtratsitzung erst am 18. September geplant ist, wird der Stadtrat um Erteilung einer Ermächtigung zur Auftragsvergabe für das Gewerk Putzarbeiten gebeten.

Die Bauverwaltung wird ein Freihändiges Ausschreibungsverfahren einleiten.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor:

1. Die Beschränkte Ausschreibung wird gemäß VOB/A § 17 (1) aufgehoben.
2. Die Bauverwaltung wird nach Einholung von Angeboten im Freihändigen Verfahren ermächtigt, den Auftrag für die Putzarbeiten auf das Angebot der mindestnehmenden Firma zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

3.7 Metallbauarbeiten Fenster und Türen 1209

Für den Ausbau des Maschinen und Laborgebäudes sind Arbeiten für Fenster und Türen erforderlich.

Hierfür wurden in einem Beschränkten Ausschreibungsverfahren 6 Firmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Eröffnungstermin lagen dem Verhandlungsleiter 2 Angebote vor.

Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung der Angebote ergibt sich die Firma Metallbau Huber aus Ingolstadt mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 44.569,07 als mindestbietende Firma.

Das Angebot der nächstbietenden Firma liegt um 31,4 % höher.

In der Kostenberechnung sind Euro 42.000,00 für dieses Gewerk eingestellt.

Es liegt eine Überschreitung in Höhe von Euro 2.569,07 vor. Aus derzeitiger Sicht sind diese durch Einsparungen bei anderen Gewerken abgedeckt.

Die Kostenüberschreitung hängt mit der derzeitigen überhitzten Baukonjunktur zusammen.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, die Arbeiten für die Fenster und Türen für das neue Kläranlagengebäude auf das Angebot der Firma Huber aus Ingolstadt zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 44.569,07 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

4. Auftragsvergabe zur Nachrüstung einer Brandfallsteuerung für den Aufzug in der Agnes-Bernauer-Halle 1210

Bei der wiederkehrenden Prüfung der Brandmeldeanlage durch den TÜV, gemäß Sicherheitsanlagen Prüfverordnung des Landes Bayern, wurde im Prüfbericht vom 26.01.2016 beanstandet, dass die Evakuierungsfahrt des Aufzugs in der Agnes-Bernauer-Halle nicht funktionsfähig ist.

Bei weiteren Gesprächen mit den beteiligten Firmen GMK-Brandmeldeanlagen und Tepper-Aufzüge hat sich herausgestellt, dass die Steuerung für die Evakuierungsfahrt nicht verbaut wurde.

Im Brandschutznachweis des Planungsbüros Concept B vom 15.05.2009, der Teil der Bauordnungsrechtlichen Auflagen der Baugenehmigung vom 23.06.2009 ist, war die Brandfallsteuerung gefordert.

Auszug Brandschutznachweis Seite 22:

„Der geplante Aufzug ist bei Realisierung mit einer Brandfallsteuerung auszustatten, die durch die automatische Brandmeldeanlage ausgelöst wird. Der Aufzug soll bei Brandalarm das Erdgeschoss

mit einem Notausgang ins Freie in unmittelbarer Nähe anfahren und dort mit geöffneten Türen außer Betrieb gehen. → VStättV §20, Abs. 4“

Die Firma Tepper hat als Errichter- und Wartungsfirma des Aufzuges ein Angebot zur Nachrüstung der Brandfallsteuerung zum brutto Gesamtpreis von 6.313,19 € abgegeben.

Herr Architekt Lorenz Seidl wurde daraufhin mehrmals zur Abgabe einer Stellungnahme und zur Prüfung des Angebotes aufgefordert.

In der Stellungnahme vom 28.06.2018 schreibt Herr Seidl, dass die Brandfallsteuerung nicht ausgeschrieben wurde und daher auch nicht verbaut ist, dies wäre damals mit allen am Bau Beteiligten so besprochen worden.

Herr Seidl hat das Angebot geprüft und findet es in Ordnung, er empfiehlt die umgehende Beauftragung der Nachrüstung.

Beschluss:

Die Stadt Vohburg beauftragt die Firma Tepper Aufzüge GmbH, Lilienthalstraße 25, 85399 Hallbergmoos zur Nachrüstung der Brandfallsteuerung des Aufzuges in der Agnes-Bernauer-Halle, gemäß Angebot vom 28.01.2018 zum brutto Gesamtpreis von 6.313,19 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

5. Warmbadsaal Irsching; Auftragsvergabe für Parkettschleifen und Versiegelung 1211

Der Parkett-Bodenbelag des Warmbadsaals des Warmbades Irsching ist abgenutzt und teilweise vergraut. Es soll deswegen abgeschliffen und neu versiegelt werden.

Für die Ausführung der Arbeiten wurde durch die Bauverwaltung eine Freihändige Angebotseinholung durchgeführt.

Es wurden drei Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Drei Angebote wurden eingereicht. Nach Prüfung und Wertung der Angebote durch die Bauverwaltung geht das Angebot der Firma Weigart GmbH aus Ingolstadt-Mailing mit einer Angebotssumme in Höhe von Euro 5.941,91 als Mindestbieter hervor.

Die Differenz zum nächsten Bieter beträgt + 15,7 %, zum höchsten Angebot + 25,1 %.

Beschluss:

Die Bauverwaltung schlägt vor, den Auftrag für die Ausführung der Parkettschleif- und Versiegelungsarbeiten des Warmbadsaalbodenbelags an die Firma Karl Weigart GmbH aus Ingolstadt-Mailing zu einer Auftragssumme in Höhe von Euro 5.941,91 zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

6. Vorlage der Jahresrechnung für das Jahr 2017 mit Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verweisung zur örtlichen Rechnungsprüfung 1212

Kämmerer Steinberger führte aus, dass nach Art. 102 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) die Jahresrechnung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und dem Gemeinderat vorzulegen ist. Im abgelaufenen Jahr wurde auch wieder eine Nachtrags- haushaltssatzung erlassen, da sich im Laufe des Jahres verschiedene Änderungen ergeben hatten.

Anhand von Folien, die den Stadträten in Berichtsform zugestellt wurden, erläuterte der Kämmerer die einzelnen Mehr- und Mindereinnahmen, Ausgabeneinsparungen und Mehrausgaben. Durch **Mehreinnahmen (109.700 €), Mindereinnahmen (141.200 €), Ausgabeneinsparungen (401.000 €) und Mehrausgaben (112.500 €)** hat sich der im Haushaltsjahr 2017 vorgesehene **Überschuss im Verwaltungshaushalt in Höhe von 4.836.000€ um rd. 257.000 € auf 5.093.000 € erhöht.**

Die Mindestzuführung nach der Kommunalen Haushaltsverordnung beträgt im Jahre 2017 rd. 411.500 € (ordentliche Tilgung von Krediten).

Mindereinnahmen sind bei der Gewerbesteuer mit 15.000 €, bei den Erlösen aus der Anlage von Rücklagemittel mit 73.700 € und bei den Kalkulatorischen Kosten mit 42.000 € entstanden. Mehreinnahmen konnten beim Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer mit 15.000 €, bei den Zuschüssen für laufende Zwecke (Erstattungen Krankenkassen für Beschäftigungsverbote) mit 65.000 € und beim Grunderwerbsteueranteil mit 9.700 € erreicht werden. Ausgaben konnten im Verwaltungshaushalt vor allem beim Sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 343.300 € erspart werden. Diese sind überwiegend bei der Abwasserbeseitigung mit rd. 54.300 €, bei den Kosten für die Erstellung von Bebauungsplänen mit rd. 13.900 €, beim Straßenunterhalt mit 40.100 €, bei der Bibliothek mit 33.500 € und beim Bebauten Grundvermögen (Sanierung Wasserturm) mit 59.500 € entstanden.

Andererseits sind auch Mehrausgaben in Höhe von 112.500 € angefallen, wobei allein für die Beteiligung am Betriebskostendefizit für Kinder aus Vohburg bei fremden Gemeinden rd. 15.800 €, bei den Zuschüssen an den INVG mit 12.000 € und bei der Abwasserabgabe mit 20.400 € angefallen sind. Die Mehrausgaben wurden vom Kämmerer erläutert. Dies entspricht etwa 0,6 % der gesamten Ausgaben.

Im Vermögenshaushalt ergab sich durch Mehreinnahmen (6.600 €), Mindereinnahmen (624.300 €), Mehrausgaben (35.800 €) und Ausgabeneinsparungen (475.300 €) **eine Verschlechterung gegenüber den Ansätzen von 178.200 €.** Unter Berücksichtigung **des zusätzlichen Überschusses im Verwaltungshaushalt von 257.400 €** konnte der allgemeinen Rücklage ein **zusätzlicher Betrag von 79.200 €** zugeführt werden. Im Haushaltsplan war eine Zuführung **von 1.505.400 €** vorgesehen. **Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2017 war zunächst eine Rücklagenentnahme von 2.286 Mio. € geplant. Bei der Korrektur durch den Nachtragshaushaltplan ergab sich insgesamt ein Überschuss von 1.505 Mio. €. Da zur Haushaltsfinanzierung ein Betrag von rd. 0.762 Mio. € der Rücklage entnommen wurde, betrug die tatsächliche Rücklagenzuführung somit rd. 0.743 Mio. €. Nach Rechnungslegung stellte sich heraus, dass ein Betrag von rd. 0.823 Mio. € zugeführt werden konnte.**

Ferner wurden auch wieder Haushaltsreste gebildet. Hierbei handelt es sich um Solleinnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres, ohne fällig gewesen zu sein. Eine neuerliche Veranschlagung im nächsten Haushaltsplan ist damit nicht mehr notwendig. Dieses Instrument dient zur Rechnungsabgrenzung. Insgesamt sind Ausgabereste im Vermögenshaushalt in Höhe von rd. 2.314 Mio. € (Vorjahr: 1.848 Mio. €) vorhanden.

Diesen Ausgaben stehen auch Haushaltseinnahmereste von rd. 0.863. Mio. € gegenüber, so dass sich hieraus eine Differenz von rd. 1.450 Mio. € errechnet. Diese Beträge sind im Soll-Rücklagenstand natürlich bereits berücksichtigt. **Der Rücklagenstand hat sich zum Jahresende 2017 von bisher 12.528 Mio. € auf 13.350 Mio. € erhöht. Ferner sind noch Forderungen an die „Vohburger Immobilien und Wohnungsbau GmbH in Höhe von 775.000 € vorhanden.**

Der Schuldenstand hat sich zum 31.12.2017 von bisher 3.003 Mio. € ebenfalls auf 2.884 Mio. € (ohne Schulden für kostenrechnende Einrichtungen) oder 347 €/Einwohner reduziert. Dieser Stand lag um rd. 57 % unter dem **Landesdurchschnitt** vergleichbarer Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner, der im Jahre 2016 **801 € betrug.** Für den **Schuldendienst** (Zins, Tilgung /Zinszuschüsse) musste die Stadt im Jahre 2017 einen Betrag von **55,50 € je Einwohner** (durch höhere Tilgungen) aufwenden, während der **Landesdurchschnitt bei 83 € lag.**

Für die städtischen Grundstücke in allen Bau- und Gewerbegebieten muss die Stadt noch Beiträge in Höhe von rd. 390.000 € vorfinanzieren. Im Jahre 2011 betrug dieser Betrag noch 2.128 Mio. €. Andererseits stehen **verschiedene Flächen in Bau- und Gewerbegebieten in Vohburg und den**

Ortsteilen zur Verfügung, die zum Jahresende 2017 einen Wert von 14.3 Mio. € darstellen. Bei der Berechnung wurde bereits ein Rabatt von 15 % abgezogen.

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2017 wird in der vorgetragenen Form anerkannt und die Abwicklung gebilligt. Die in der Anlage A. 3. und B 2. genannten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt waren unabweisbar und werden nachträglich genehmigt. Die Deckung der Mehrausgaben im Verwaltungshaushalt von 112.500 € war durch Ausgabeneinsparungen beim Sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit einem Betrag von 343.300 € gewährleistet. Die Deckung der Mehrausgaben im Vermögenshaushalt von 35.800 € war durch Ausgabeneinsparungen bei Hsh.stelle 880.9320 „Grunderwerb“ mit einem Betrag von 112.500 € möglich. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.
Die Jahresrechnung wird zur örtlichen Rechnungsprüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

7. Entgegennahme von Spenden; Genehmigung für den Zeitraum vom 01.01. bis 30.06.2018	1213
---	-------------

Mit Beschluss des Stadtrates vom 22.9.2009 Nr. 301 wurde die Geschäftsordnung dahin gehend geändert, dass die Entscheidung über die Entgegennahme von Spenden und Zuwendungen über 500,00 € vom Stadtrat zu tätigen ist.

Mit Schreiben vom 27.10.2008 hat das Bayerische Staatsministerium des Innern Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für kommunale Zwecke übersandt. Diese Empfehlungen haben das Ziel, ein ausgewogenes Verfahren anzubieten, das einerseits die kommunalen Wahlbeamten so weit wie möglich vor dem Risiko eines Verdachtes der Strafbarkeit wegen Vorteilsannahme (§ 331 StGB) schützt, andererseits den dadurch notwendigen Verwaltungsaufwand so weit wie möglich in Grenzen hält und insbesondere die Spendenbereitschaft sowie das Spendenaufkommen nicht beeinträchtigt. Der letzte Beschluss wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 29.08.2018 Nr. 1061 für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2017 gefasst.

Folgende Spenden hat die Stadt seit 01.01.2018 bis zum 30.06.2018 mit einem Wert von 500,00 € erhalten:

- Raiffeisenbank Bayern Mitte eG, Ingolstadt,
Spende Kindertriathlon Warmbad 500,00 €

Gesamtbetrag: 500,00 €

Die genannten Zuwendungen werden angenommen, da nach objektiver Betrachtungsweise sich die Stadt Vohburg bei der Aufgabenwahrnehmung dadurch nicht beeinflussen lassen wird.

Beschluss:

Die genannten Zuwendungen werden angenommen, da nach objektiver Betrachtungsweise sich die Stadt Vohburg bei der Aufgabenwahrnehmung dadurch nicht beeinflussen lassen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

8. Ernennung eines externen Datenschutzbeauftragten 1214

Aufgrund der aktuellen Rechtslage hat die Stadt Vohburg als Datenschutzbeauftragten Herrn Max Kelbel (DSB) und als Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) Frau Julia Schabenberger bestellt. Der DSB ist zuständig, den Datenschutz im Zuständigkeitsbereich der Stadt Vohburg gemäß den rechtlichen Vorgaben zu gewährleisten und der ISB ist zuständig, ein Informationssicherheitsmanagementsystem für die städtischen Einrichtungen der Stadt Vohburg nach den rechtlichen Vorgaben einzuführen. Derzeit läuft die ISIS 12 Zertifizierung über das Büro Turban noch. Die Zertifizierung muss bis, aufgrund der staatlichen Förderung, in den nächsten Monaten abgeschlossen sein.

Nach umfangreichen Recherchen der Verwaltung, Besprechungen im Rahmen der Bürgermeisterdienstbesprechung und in den Geschäftsleitertagungen im Landkreis ist man intern zu dem Ergebnis gekommen, dass sowohl Fr. Schabenberger, als auch Herr Kelbel keine Kapazitäten mehr haben um diese verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe rechtlich und organisatorisch bewältigen können.

Eine Landkreislösung ist, wie bereits dargestellt, derzeit nicht in Sicht, so dass die Verwaltung drei Angebote für die Übertragung des Datenschutzes eingeholt hat.

WS IT Systeme GmbH	833,00 € monatlich (brutto)
Datenschutz Turban	684,25 € monatlich (brutto) zzgl. Fahrtkosten 36 Euro pro Anfahrt
ZV IT Franken	466,66 € monatlich (brutto, bei 8 Std. monatlich) zzgl. Fahrtkosten 50 Euro pro Anfahrt; jährliche Verwaltungskostenumlage ca. 300,00 €, zzgl. einmalige Investitionsumlage von 500,00 €. Regiestunden betragen derzeit 58,65 €, diese werden für die Ersterhebung notwendig sein.

Während es sich bei den erstgenannten Angeboten um zwei private Firmen handelt, ist der ZV IT ein Zweckverband, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Fürth.

Seine Aufgabe ist es seine Mitglieder u.a. im Bereich Datenschutz und IT Sicherheit zu unterstützen. Weitere Informationen können der Verbandssatzung, welche den Stadtratsmitgliedern zugesandt wurde, entnommen werden.

Nach dem derzeitigen Stand ist ein Beitritt zum ZV IT Franken zum 01.01.2019 möglich. Nach telefonischer Auskunft des Geschäftsleiters des ZV IT Franken, Herrn Brosig, besteht die Möglichkeit, nach Abgabe der Beitrittserklärung bereits im Jahr 2018 Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Über die Mitgliedschaft beim Zweckverband besteht dann im Fortgang die Möglichkeit, die erforderlichen Dienstleistungen der KommunalBIT zu günstigen Konditionen einzukaufen. Der Kommunale Betrieb für Informationstechnik (KommunalBIT) AöR mit Sitz in Fürth ist der zentrale Dienstleister für IT und Telekommunikation für die Städte Erlangen, Fürth, Schwabach und die Mitglieder des Zweckverbands Informationstechnik Franken (ZV IT Franken)

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass der ZV IT Franken und die KommunalBIT ideale Partner für die Umsetzung der eingangs genannten Aufgaben sind und schlägt deshalb vor, dem Zweckverband beizutreten.

Beschluss:

Die Stadt Vohburg tritt zum 01.01.2019 dem Zweckverband Informationstechnik Franken bei, der erste Bürgermeister bzw. dessen Stellvertretung, wird ermächtigt, den Beitritt verbindlich zu beantragen. Verbandsrat in der Verbandsversammlung ist erster Bürgermeister Martin Schmid, erster Vertreter ist zweite Bürgermeisterin Roswitha Eisenhofer, zweite Vertreterin dritte Bürgermeisterin Anna Demmel-Hegwer.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 Nein 0

9. Bekanntgaben des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmid verabschiedete sich in den Sommerurlaub vom 30.07.2018-17.08.2018 und wies auf die 1.Stadtratsitzung nach der Sommerpause am 18.09.2018 hin.

10. Wünsche und Anregungen der Stadtratsmitglieder

Nachdem Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss der 1. Bürgermeister Martin Schmid gegen 20:20 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Andreas Amann
Schriftführer

Martin Schmid
1. Bürgermeister